

IHK-Veranstaltung: „IHK im Gespräch mit Günther Verheugen“

am 13. September 2005, 12.00 Uhr

Vortrag

des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission,

Herrn Günther Verheugen

Herr Ministerpräsident, Herr Präsident Thiele,
meine Damen und Herren Mitglieder der Parlamente,

es kommt bei mir selten vor, dass Sie mich eigentlich sprachlos sehen. Ein solches Maß an Übereinstimmung zwischen dem, was Präsident Thiele in seiner Begrüßung bereits gesagt hat und dem, was ich jetzt eigentlich hier sagen will, ist ungewöhnlich. Ich würde alles wiederholen, was schon gesagt wurde. Nun muss ich mir etwas völlig Neues einfallen lassen.

Meine Damen und Herren, ich fahre heute Nachmittag mit einem guten Gefühl aus Mecklenburg-Vorpommern wieder weg. Das Land ist nicht das „Jammertal“, als das es gelegentlich in den deutschen Medien dargestellt wird. Ich habe einen völlig anderen Eindruck gewonnen. Auch von Ihren Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich mich gestern getroffen habe, von Betrieben, die ich gestern gesehen habe. Die Kombination aus selbstbewusstem Anpacken und wirkungsvollem Einsatz europäischer Hilfe hat das Land vorwärts gebracht und ich sehe eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Beispiel dafür. Die Strukturprobleme sind bekannt, die Erblast ist bekannt, aber mein Besuch soll eine Ermutigung sein. Nicht eine Ermahnung, nicht ein Erschrecken für die Zukunft, sondern eine Ermutigung, auf diesem Weg weiter voran zu gehen und ich kann Ihnen versichern, Europa wird Sie nicht im Stich lassen!

Wir werden nicht aufhören, mit Ihnen gemeinsam daran zu arbeiten, diesem Land eine gute Zukunft zu geben, weil Sie es verdienen und weil auch Europa es braucht.

Wachstum und Beschäftigung ist die große Priorität für die Baroso-Kommission, weil Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzung dafür ist, dass wir die anderen großen gesellschaftlichen Ziele, die wir in Europa haben, überhaupt verwirklichen können. Ich weiß nicht, ob es so etwas gibt wie ein europäisches soziales Modell. Man hört das gelegentlich in vielen Ländern. Ganz bestimmt gibt es keine einheitliche europäische Sozialpolitik. Aber was es vielleicht gibt, wovon ich sogar überzeugt bin, ist eine europäische Grundvorstellung davon, wie Menschen in einem Gemeinwesen zusammen leben sollten – eine Art 'europäisches be of life', das uns eben deutlich unterscheidet von den USA, Japan, China oder von anderen Teilen der Welt. Wir haben schon die Vorstellung, dass gesellschaftliche Solidarität notwendig ist und dass die Fähigkeit des Einzelnen, etwas zu leisten, gefördert und gefordert werden soll.

Das Lebensglück des Einzelnen hängt jedoch nicht allein von seiner Tüchtigkeit ab, sondern eben auch davon, dass Bildungsvoraussetzungen da sind und Lebenschancen vermittelt werden. Hier haben wir etwas sehr spezifisch europäisches das sich dann sehr konkret in hohen Einkommenserwartungen, also hohem Lebensstandard, hohes Maß an sozialer Sicherheit, also hoher Schutz vor den großen Lebensrisiken und hoher Anspruch an Lebensqualität in Bezug auf Umwelt, Kultur, Bildung ausdrückt. Das ist spezifisch europäisch. Und die Frage ist, können wir das wahren, können wir es ausbauen, können wir das noch verbessern angesichts der großen Anforderungen, vor denen wir stehen?

Lassen Sie mich zunächst einmal etwas zu den Anforderungen sagen: Wir haben diese Wachstumsschwäche ja nicht überall in Europa. Es ist ein ganz uneinheitliches Bild. Wir haben robustes, starkes Wachstum in den neuen Mitgliedsländern. Wir haben den großen Strukturwandel in Nordeuropa im wesentlichen bereits hinter uns. Wir haben hohe Wachstumsraten in südlichen Mitgliedsländern. Wir haben ein Problem in den klassischen alten Industrieländern, im Herzen der alten Europäischen Union, in Deutschland, Frankreich und Italien. Diese Länder stehen aber zusammen bereits für 50 Prozent des europäischen Bruttonettoproduktes, aber aus sehr unterschiedlichen Gründen. Insbesondere finde ich, sollten wir schon sehen, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Sonderfall ist. Das geringe Wachstum und die niedrige Beschäftigungsquote in Deutschland täuschen darüber hinweg, dass dieses Land im Strukturwandel viel weiter gekommen ist als andere. Auch ich musste bis nach Amerika reisen, um das wirklich zu verstehen. Ich habe mich mit großen amerikanischen Investorengruppen getroffen, mit wirklich großen Investorengruppen – im Vergleich zu denen ist 'Ackermann' ein kleiner Wicht. Demnach ist Deutschland für sie das 'interessante Land mit Zukunft' und zwar deshalb, weil eben die deutsche Industrie nicht aus Versehen die exportstärkste Industrie der Welt ist, sondern auch die leistungsfähigste und die beste ist und sich bereits am oberen Ende der Wertschöpfungskette angesiedelt hat. Das heißt, durch Globalisierung hat Deutschland den Strukturwandel bereits hinter sich gebracht und man darf nicht übersehen, die Leistung, die Deutschland erbringt zur Finanzierung der Deutschen Einheit, ist eine Leistung, die keine andere Volkswirtschaft auf der Welt in dieser Größenordnung erbringen muss. Und statt das zu einem kontroversen Thema zu machen sagen wir: „Hätten wir das nicht, dann ginge es uns viel besser. Müssten wir nicht diese hundert Milliarden dieses Jahr von West nach Ost schicken, dann hätten wir keine Probleme.“ Statt dessen sollte man eher sagen, dass es keine andere Volkswirtschaft auf der Welt gibt, die diese Leistung erbringen kann und gleichzeitig doch noch stark und wachstumsfähig ist. Ich finde die Deutschen haben etwas mehr Grund auf das, was sie in den letzten 15 Jahren geleistet haben, stolz zu sein. Ich bin als Deutscher stolz auf das, was wir geschafft haben! Ich finde nicht, dass es einen Grund gibt, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen! Wachstum und Beschäftigung in Europa war schon einmal das große Ziel. Europa hatte sich im Jahr 2000 vorgenommen die dynamischste, wettbewerbsfähigste, wissenschaftsbegründete Wirtschaftsregion der Welt zu werden, und Sie wissen, dass dieses Ziel gescheitert ist.

Am Anfang einer neuen Politik muss eine vorbehaltlos klare Analyse stehen. Warum haben wir das nicht erreicht? Ist der Abstand zwischen den Amerikanern und anderen dynamischen Regionen der Welt in den Jahren nach 2000 sogar noch größer geworden? Warum ist das so? Wo liegen unsere Probleme?

Ein Teil der Probleme ist hausgemacht! Und darüber ist bereits gesprochen worden. In der Tat bin ich davon überzeugt, dass Wachstumskräfte in Europa gefesselt sind, weil wir ein zu dichtes Netz von Vorschriften, von einengenden Vorschriften, die unternehmerische Tätigkeiten von Anfang an behindern, haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es viele Menschen gibt, die bereit wären, unternehmerisch tätig zu werden, das Risiko einer Existenzgründung auf sich zu nehmen und auch den Mut haben anderen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und zu schaffen, wenn sie nicht Angst davor hätten, in einem Wust von Vorschriften gefangen zu sein und erdrosselt zu werden. Also erzielt man mit einer Politik, über die Präsident Thiele und Ministerpräsident Ringstorff hier eben bereits gesprochen haben, des Abbaus von Vorschriften, des Abbaus von Überreglementierung und Bürokratie, auf jeden Fall einen positiven psychologischen Effekt. Alle Erfahrungen in den Mitgliedsländern, wie z. B. in den Niederlanden und Schweden, zeigen, dass es einen direkt messbaren Zusammenhang zwischen dem schlankeren Staat mit nicht notwendiger Weise schlechteren Vorschriften, aber mit weniger Vorschriften und mit weniger Bürokratie und höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gibt. Dieser Zusammenhang ist erwiesen. Wir wollen das in der Tat überall in Europa durchsetzen.

Wenn ich jetzt anekdotisch werden wollte, dann könnte ich Ihnen einen sehr vergnüglichen Vormittag bereiten und könnte Ihnen eigentlich stundenlang etwas erzählen über die Besonderheiten europäischer Gesetzgebung von krummen Gurken, über die nichtentflammbare Nachtwäsche bis zum Schutz vor natürlicher Strahlung. Aber ich lasse das heute mal weg und sage nur, weil ich bei der Industrie- und Handelskammer spreche, Folgendes: Die große Masse der europäischen Vorschriften sind Vorschriften, die dem Funktionieren des Binnenmarktes gewidmet sind. Die hätten wir auch als Vorschriften, die den deutschen Markt regulieren, wenn wir keinen Binnenmarkt hätten. Und es ist einfach nicht wahr, dass eine deutsche Harmonisierungsvorschrift, die dann 25 nationale Vorschriften ablöst, mehr Regulierung bedeutet. Im Gegenteil, es bedeutet weniger Regulierung. Gestern war sehr interessant, dass die Vertreter der Holzindustrie, mit denen ich mich in Wismar getroffen habe, nicht etwa geäußert haben, dass sie unter Überregulierung leiden. Deren Problem ist, dass die Anforderungen der 25 Mitgliedsländer an die Industrie immer noch unterschiedlich sind. Denn wenn nach Holland geliefert wird, müssen andere Zertifikate genutzt werden, als wenn Lieferungen nach Schweden gehen. Also, die Bitte, die ich gestern aus Wismar mit bekommen habe war nicht etwa, eine Regulierung abzuschaffen, sondern ein Stück europäischer Harmonie zu schaffen. Das ist im Grunde nichts anderes als das Stichwort: Vollendung des Binnenmarktes, vollständige Ausschöpfung seiner Potenziale und dies heißt eben, dass wir europäische und keine nationalen Regeln brauchen.

Warum haben wir Wachstumsbeschäftigungsprobleme? Dies hängt mit der unzureichenden Einstellung in einigen Mitgliedsländern auf die großen ökonomischen Trends der nächsten Jahrzehnte zusammen. Trends, die seit langem da sind, die sich aber verstärken. Sie kennen diese Trends alle, aber wir müssen einen Augenblick darüber reden. Der erste ist die Beschleunigung, Ausweitung und Vertiefung der wirtschaftlichen Globalisierung. Der zweite ist die Beschleunigung eines demografischen Trends, der zu erheblichen Veränderungen in der Nachfragestruktur, aber auch in der Angebotsstruktur in unserer Volkswirtschaft führt. Zur Globalisierung möchte ich folgendes sagen: Dieses Thema ist ja zu einem kritischen Streitgegenstand geworden. Aber es ist nicht so, dass uns in Deutschland die Globalisierung von Ländern wie Papua Neuguinea, Kambodscha und Guatemala aufgezwungen worden wäre.

Es ist umgekehrt gewesen. Nicht die Globalisierung ist die Politik des Abbaus von Handelsbeschränkungen, die Politik der globalen Liberalisierung des Wettbewerbs, die Politik der Öffnung der Märkte, des Abbaus von Importquoten und Einfuhrbeschränkungen im Interesse der Volkswirtschaften der großen Industriestaaten. Das ist die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und die der europäischen Industriestaaten seit 50 Jahren. Keine deutsche Regierung, keine von Konrad Adenauer bis zu Gerhard Schröder, wird sich jemals aus diesem Mainstream, aus diesem Hauptstrom der Politik der großen Industriestaaten der Welt, der großen Wirtschaftsproduktionen der Welt verabschieden. Keine! So muss man als erstes einmal wissen, dass das nicht eine Politik ist, die uns die Chinesen, Inder oder wer auch immer aufgezwungen haben, denn es ist umgekehrt gewesen! Zweitens: Es lässt sich nicht mehr ändern! Selbst wenn man es ändern wollte, es geht nicht mehr. Wir haben es heute mit Verflechtungen des Anlagekapitals zu tun, die nicht mehr auflösbar sind. Wir müssen uns mal vorstellen, dass der Gesamtbestand der amerikanischen Direktinvestition in Europa bei ungefähr 700 Milliarden Euro liegt und umgekehrt der Gesamtbestand der europäischen Investitionen in den USA noch deutlich darüber. Aber diese Verflechtungen gehen auch in andere Teile der Welt. Ich hab das jetzt bei dem Streit über die Einfuhr von Textilien aus China gemerkt.

Die selben europäischen Unternehmen, die Probleme mit der Konkurrenz aus China und mit der Erhöhung der Einfuhrquoten teilweise bis zu 1000 % haben, unterhalten selber die Produktionsbetriebe dort vor Ort. Also die Verflechtung ist zu stark. Und es kommt ein drittes hinzu, und das ist am ernsthaftesten: Wir haben seit vielen, vielen Jahren die Tendenz, internationale Wertschöpfungsketten zu bilden, in der insbesondere Industrieerzeugnisse im Grunde nur noch dadurch marktfähig gemacht werden, dass Teile der Wertschöpfungsketten in Ländern mit einer günstigeren Kostenstruktur verlegt werden. In Niedriglohnländern geht es aber nicht nur um die Löhne, sondern auch um andere äußere Rahmenbedingungen. Wenn ich mal von Autos der alleräußersten Luxusklasse absehe z. B. beim Maybach, wo der Preis offenbar keine Rolle spielt, so ein Auto mit der Hand gefertigt werden könnte und trotzdem ein paar hundert Exemplare verkauft werden können. Mit Ausnahme eines solchen Autos können Sie kein einziges deutsches Auto auf der Welt verkaufen, wenn es zu 100 % aus Teilen bestünde, die in Deutschland hergestellt werden. Kein einziges eines solchen Autos würde man verkaufen können! Gerade die Autoindustrie ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Wertschöpfungsketten sich verlängern. Keineswegs nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch weit darüber hinaus. Aber es hat eben nicht dazu geführt, dass die deutsche Automobilindustrie an Stärke und Leistungsfähigkeit und nicht einmal an der Zahl der Arbeitsplätze verloren hat. Wenn wir jetzt eine Arbeitsplatzdiskussion in der deutschen Automobilindustrie haben, ist das eher auf das Managementproblem zurückzuführen, als auf reale Standortfaktoren. Die Internationalisierung der Produktion hat die europäische Automobilindustrie überhaupt nur wettbewerbsfähig erhalten. Auch vor diesem Hintergrund lässt sich das alles nicht rückgängig machen, sondern die Aufgabe und die Konsequenz aus alledem, was ich gerade gesagt habe, ist sehr einfach. Wir müssen uns dem Wettbewerb stellen. Es gibt keine Flucht vor dem Wettbewerb! Für niemanden von Ihnen!

Die Vorstellung, dass wir Naturschutzparks für europäische Wirtschaftssektoren errichten könnten, ist utopisch. Dies widerspricht übrigens ganz unseren ordnungspolitischen Vorstellungen. Aber es ist wichtig, dass wir unserer Politik einen klaren ordnungspolitischen Rahmen zugrunde legen. Das ist ein Begriff, den ich nur in Deutschland verwenden kann. Außerhalb von Deutschland versteht man das nicht so, aber Sie wissen alle, was ich damit meine. Ein ordentlicher Rahmen heißt, dass der Wettbewerb als das grundlegende Prinzip einer funktionierenden Marktwirtschaft anerkannt wird - Wettbewerb zu gleichen und fairen Bedingungen. Das ist wichtig: gleiche und faire Bedingungen! Die Aufgabe von Harald Ringstorff und anderen seines Schlages ist, dafür zu sorgen, dass die gleichen und fairen Bedingungen eingehalten werden. Übrigens ein breites Feld!

Das reicht von vernünftiger Rahmensetzung bis hin zum Schutz der Wirtschaft vor Kriminalisierung, Korruption sowie Erpressung. Weiterhin bleibt sehr, sehr viel zu tun. Aber nur das ist die Rolle des Staates. Wettbewerb muss akzeptiert werden. Wettbewerb nach unten, meine Damen und Herren, wird niemand hier für möglich halten. Ich glaube nicht, dass hier irgend jemand im Raum ist der sagt, wir können uns in einen Wettbewerb mit den Chinesen einlassen. Da werden die niedrigsten Löhne gezahlt. Noch nicht einmal mit den Polen oder Litauern. Ein solcher Wettbewerb führt zu einer Spirale nach unten, an deren Ende wir alle ärmer werden und am Ende natürlich auch keine Innlandsnachfrage mehr vorhanden wäre. Das ist falsch und widerspricht auch vollkommen dem, was ich am Anfang gesagt habe: nämlich unsere europäischen Vorstellungen davon, wie wir leben wollen. Das bedeutet also, dass wir uns einem weltweiten Wettbewerb stellen müssen und wir können uns diesen weltweiten Wettbewerb nur dadurch stellen, wir können nur bestehen, indem wir besser sind als die anderen.

Und gestern in Wismar, Herr Ministerpräsident, Sie werden sich erinnern, hat der Vertreter der Technologiefirma, die wir besucht haben, präzise das gesagt. Sie arbeiten mit innovativen Produkten und die einzige Möglichkeit, sich auf diesem Markt zu behaupten besteht darin, immer einen Tick besser, einen Tick voraus zu sein als andere Konkurrenten.

Und damit kommen wir Punkt drei:

Wettbewerbsfähigkeit erreichen wir nicht, indem wir darüber reden, sondern Wettbewerbsfähigkeit erreichen wir nur durch Spitzenleistung und diese Spitzenleistungen erreichen wir nur durch permanente Innovationsfähigkeit. Das ist die Kette, um die es hier geht. Die ordnungspolitische Kette heißt: Wettbewerb, Spitzenleistung, Innovation. Und Innovation verlangt ein Umsteuern von Ressourcen in Richtung Forschung und Entwicklung. Sie dürfen mir glauben, meine Damen und Herren, ich besuche jede Woche Unternehmen in ganz Europa und meine erste oder zweite Frage im Gespräch mit Unternehmensleitern ist immer: Wie groß ist der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben an ihrem Umsatz? Und ich habe eine Erfahrung gemacht: Immer gibt es einen messbaren, direkten Zusammenhang zwischen den Unternehmenserfolgen und der Höhe seiner Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Ich hab noch kein Unternehmen getroffen, bei dem keine Innovation mehr möglich ist. Kein Unternehmen war darunter, in dem es keinen direkten Zusammenhang gegeben hätte zwischen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und dem Unternehmenserfolg. Und hier sieht es finster aus.

Im weltweiten Vergleich der 500 größten Unternehmen der EU mit den 500 größten Unternehmen außerhalb der EU fallen die EU-Unternehmen bei den F- und E-Aufwendungen deutlich zurück. Das Wachstum der F- und E-Ausgaben in China, Indien, Japan, USA ist weit höher als bei uns. China wird möglicherweise schneller als wir das Ziel erreicht haben. 3 % des Bruttonationalproduktes werden hier für Forschung und Entwicklung aufgewendet - auf einem niedrigen Niveau, aber man muss die Tendenz erkennen. Die USA geben jährlich 130 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung mehr aus als wir und ich rede nur von der zivilen Forschung, nicht von der militärischen Forschung. Dann sieht es nämlich noch ganz anders aus. Was soll ich groß reden? Sie wissen es alle, auch der Ministerpräsident weiß es und die anwesenden Politiker wissen es auch. Es ist keine Phrase wenn wir sagen, die entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Europas ist die Investition in Bildung, Ausbildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung; es führt kein Weg daran vorbei und hier muss umgesteuert werden. Keine Bundesregierung, keine Landesregierung wird daran vorbeikommen, das ist eine zwingende Notwendigkeit! Wir müssen dies allerdings auch absichern und das ist einer der Gründe, warum ich sage, Europa braucht eine Industriepolitik. Wir brauchen auch in Zukunft gewerbliche Fertigung, weil natürlich nicht jeder ein Public-Relations-Manager, ein Sales Manager oder auch ein IT-Techniker sein kann. Es gibt auch Leute, deren Qualifikationen darin besteht, etwas herzustellen und das ist auch gut so.

Die müssen auch einen Lebensinhalt haben und denen muss auch eine Existenzgrundlage gegeben werden. Ob wir im Welthandel bestehen können, der ja ein wesentlicher Handel mit Gütern ist, wenn wir selber keine Güter mehr herstellen, wissen wir allerdings noch nicht.

Die Vorstellung, dass Europa eine Region sein könnte, die der Welt die Blaupausen liefert und der Rest wird anderswo geregelt, geht leider an der Tatsache vorbei, dass die Menschen unterschiedlich sind und dass wir unterschiedliche Bedürfnisse und unterschiedliche Fähigkeiten haben. Die EU-Kommission hat am Anfang dieses Jahres eine neue Strategie für Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Sie basiert auf dem Gedanken der Partnerschaft, d. h. die Mitgliedsländer und die Gemeinschaft müssen in gleicher Weise ihre Beiträge liefern. Ich rede jetzt nicht von den Beiträgen, die Mitgliedstaaten zu liefern haben. Ich möchte noch ein paar Dinge dazu sagen, was die Kommission bereits geliefert hat. Das sind Dinge, die auch für Ihr Land von großer Bedeutung sind und für Sie selbst. An erster Stelle steht, dass wir die vorhandenen finanziellen und politischen Instrumente viel, viel stärker als bisher nutzen wollen, um sie für das Wachstums- und Beschäftigungsziel einzusetzen. Was heißt das konkret? Die Strukturfonds, von denen Ihr Land profitiert, z. B. Programme für die ländliche Entwicklung oder der europäische Forschungshaushalt, den die Kommission vorgeschlagen hat zu verdoppeln. Also überall dort, wo aus dem europäischen Haushalt Investitionen erfolgen, das betrifft fast 90 % des gesamten EU-Haushaltes, überall dort muss das Wachstums- und Beschäftigungsziel als das entscheidende Kriterium im Vordergrund stehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und das wird große Wirkungen haben.

Zweitens: die Verwirklichung der Potenziale des Binnenmarktes. Da gibt es noch sehr viel zu tun. In der Tat wird in dem Zusammenhang auch die Dienstleistungsrichtlinie, wenn auch eben so, dass die Befürchtungen die in Verbindung mit der Dienstleistungsrichtlinie geäußert worden sind, gegenstandslos. Kein Lohndumping, kein Sozialdumping und kein Qualitätsdumping. Dies war aber niemals vorgesehen, weil das europäische Recht dem ohnehin entgegenstehen würde. Aber ich möchte betonen, was Herr Thiele auch schon gesagt hat: die Dienstleistungsrichtlinie schafft nicht die Dienstleistungsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit ist längst da. Die Dienstleistungsrichtlinie beseitigt illegale Hindernisse für die internationalen Dienstleistungen, die unsere Mitgliedsstaaten immer noch haben. Das berühmte Beispiel ist immer der Malermeister aus Aachen, der einen Auftrag in Eupen, deutschsprachiges Belgien und 10 km von Aachen entfernt, deshalb nicht ausführen kann, weil er seine Leitern, Farbeimer, Pinsel usw. nicht von Aachen nach Eupen mit seinem Firmenauto transportieren darf, sondern dazu einen in Belgien zugelassenen Firmenwagen benutzen müsste. Das ist ein ganz typisches Beispiel dafür, was mit der Dienstleistungsrichtlinie verändert werden soll und nicht das, was ich Frankreich und Deutschland diskutiert worden ist und mit der Wirklichkeit so gut wie nichts zu tun hat. Also, Verwirklichung der Potenziale die wir haben. Ich möchte zudem noch erwähnen, dass wir in Europa eine zu niedrige Beschäftigungsquote haben und dass wir diese Potenziale stärker nutzen müssen. Das betrifft vor allen Dingen die Frauenerwerbsquote sowie die Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern.

Ich gebe Ihnen jetzt nur zwei Zahlen, die nicht hinnehmbar sind. Das Renteneintrittsalter in Europa liegt trotz erheblich steigender Lebenserwartung ungefähr bei 60 Jahren oder nur wenig darüber. Wir haben aber Rentensysteme, die mit einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren kalkuliert sind und mit einer recht langen Rentenlaufzeit. Ich will jetzt niemanden kritisieren, dass er länger lebt. Aber wir müssen uns einstellen auf diese Situation und das heißt natürlich, die Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern muss deutlich gesteigert werden. Sie ist mit 33 % in Europa viel zu niedrig. Es gibt Länder, die haben das bereits geschafft. Die Frauenerwerbsquote liegt im Schnitt bei 50 % und schwankt zwischen 33 % in Malta und 70 % in Dänemark und Schweden.

In Deutschland beträgt sie etwa 50 %. Das ist eine gigantische volkswirtschaftliche Verschwendung. Denn die meisten Frauen haben ja heute eine gute Schulbildung und eine qualifizierte Ausbildung. Nicht nur vom individuellen Lebensanspruch, sondern auch von der gesellschaftlichen Notwendigkeit muss das besser genutzt werden. Das Hauptproblem besteht nicht darin, dass es zu wenig Kindergeld gibt, sondern, dass wir uns zu wenig Gedanken machen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein Problem, was in erster Linie oder fast nur bei Frauen auftritt, weil Frauen nun mal die Kinder kriegen. Eine Familie ist das Zusammenleben von Kindern mit Erwachsenen. Für mich ist eine alleinerziehende Mutter mit einem oder zwei Kindern selbstverständlich eine Familie, damit wir uns da richtig verstehen. Es gibt ja manchmal Probleme mit dem Familienbegriff. Diese Vereinbarkeit herzustellen, verlangt eine Endideologisierung des Problems. Einfach aus ökonomischen Gesichtspunkten ist es erforderlich, dass die Angebote von Ganztagsbetreuungen auch von kleineren Kindern erheblich ausgeweitet werden. In vielen anderen europäischen Ländern ist das längst der Fall und in Frankreich kommt kein Mensch auf die Idee, einer jungen Frau vorzuwerfen, sie sei eine Rabenmutter, weil sie ihr Kind mit drei Jahren in die Krippe gibt und dann ihrem Beruf nachgeht. Französische Kinder sind ganz bestimmt nicht schlechter erzogen als die deutschen. Da ist sehr viel Ideologie im Spiel.

Ganztagskinderbetreuung ist in meinen Augen wichtiger als eine weitere Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung von Familiengeld oder ähnliches. In dem Moment, in dem Frauen durch entsprechendes Zeitbudget, das ihnen zur Verfügung gestellt wird, selber zur Finanzierung des Haushaltes beitragen können, sieht doch die finanzielle Seite ganz anders aus. Es sei denn, wir hätten kollektiv beschlossen, auszusterben. Der Wunsch nach Kindern liegt weit über dem, was erforderlich wäre, um unseren Wohlstand zu halten. Aber dieser Kinderwunsch wird nicht realisiert. Also der Kinderwunsch ist da, aber wird nicht realisiert, im erheblichen Umfang nicht realisiert. Und das hängt wiederum damit zusammen, dass es heute eben nicht mehr nur die Aufgabe der Frauen ist, in der Küche zu stehen und die Kinder groß zu ziehen. Das ist wirklich 19. Jahrhundert und für eine politische Diskussion, wie im September des Jahres 2005 in Deutschland, erschütternd. Da sind wohl Erkenntnisse aus den letzten Jahrzehnten offenbar an einigen Menschen in diesem Land vorbeigegangen.

Aber es hat eine enorme ökonomische Bedeutung und ich bitte Sie, das nicht zu übersehen. Selbstverständlich ist es auch notwendig, in einigen Sektoren klare und eindeutige Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure zu schaffen. Ich will das am Beispiel von kleinen und mittleren Unternehmen darstellen. Nach europäischer Definition sind kleine und mittlere Unternehmen Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten und bis 50 Millionen Euro Umsatz; in diese Kategorie fallen 99 % aller europäischen Unternehmen. Zusammen 25 Millionen Unternehmen mit zwei Drittel aller Arbeitsplätze mit dem höchsten Wachstum und dem höchsten Zuwachs von Arbeit. Genau in diesem Sektor werden in Europa in der Zukunft neue Arbeitsplätze entstehen. Ganz im Gegenteil, wir werden damit rechnen müssen, dass der Produktivitätszuwachs in der europäischen Industrie noch für Jahre über dem allgemeinen Wachstum liegt. Anders ausgedrückt: Mit weniger Beschäftigten dasselbe oder mehr erzeugen. Eher ist mit Arbeitsplatzverlusten in der Industrie weiterhin zu rechnen trotz steigender Leistung. Das Arbeitsmarktproblem können wir nur mit kleinen und mittleren Unternehmen lösen und deshalb müssen die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, um sich am Markt behaupten zu können, verbessert werden. Ich habe ein entsprechendes Programm bereits vorgelegt. Ein Programm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen. Dies reicht in der Tat von der Frage des besseren und erleichterten Zugangs von Risikokapital bis hin zu der Frage des Marktzugangs für neu entwickelte Produkte. Da können wir eine Menge machen.

Wir können natürlich unternehmerische Initiative niemals ersetzen, aber wir können unternehmerischer Initiative einen leichteren und günstigeren Rahmen bieten. Wir können Erfahrungsaustausch und Hilfe anbieten. Wir können eine Menge tun.

Es gibt keinen Systemwettbewerb mehr in der Welt. Wer uns so was erzählt, der spinnt. Marktwirtschaft, gegründet auf Privateigentum, freies Unternehmertum und Leistung und Wettbewerb hat sich als das weltweite System durchgesetzt. Die letzten Kommunisten, die wir noch haben, haben das Wirtschaftssystem auch bereits in die Marktwirtschaft eingeführt. Es gibt also kein Systemwettbewerb mehr. Wir haben es mit der Marktwirtschaft zu tun. Keine Marktwirtschaft ohne Menschen, die bereit sind, etwas zu unternehmen. Und deshalb ist es notwendig, dass eine moderne Gesellschaft Unternehmertum, unternehmerische Initiative und unternehmerische Freiheit nicht verteufelt, sondern fördert. Dies muss zu einem Gegenstand in den Schulen werden, damit die jungen Leute lernen, was es bedeutet, etwas zu unternehmen und wie man es macht. Es ist eine der größten Unterschiede zwischen uns und den USA. Das psychologische Umfeld ist in meinen Augen eine große Aufgabe für die Politik, die gesellschaftlichen Bedingungen für mehr unternehmerische Initiative zu schaffen. Aber auch Sie, meine Damen und Herren, die das schon getan haben, haben eine Verantwortung. Wenn es diesen Systemwettbewerb nicht mehr gibt, dann heißt das noch lange nicht, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung alles erlaubt ist. Dann bedeutet das nämlich, dass diejenigen, die über das Investitionskapital verfügen und die etwas unternehmen können, eine erhöhte soziale Verantwortung haben. Ich möchte Ihnen das nicht durch Gesetze und Regelungen vorschreiben müssen, sondern ich möchte, dass wir eine Unternehmenskultur gerade in Deutschland haben, in der unternehmerische und soziale Verantwortung zum Unternehmensziel gehört. Ein hohes Maß an unternehmerischer und sozialer Verantwortung ist ein Wettbewerbsvorteil, wenn Sie über kurz oder lang in die Lage kommen werden, das Problem lösen zu müssen, genügend qualifizierte und qualifizierungsfähige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an sich binden zu können. Lassen Sie mich damit schließen und sagen, Europa hat zweifellos Schwächen, Europa hat zweifellos Probleme, Europa tut sich in manchen schwerer als andere. Europa hat die Fähigkeit, die Probleme zu lösen und es besser zu machen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der partnerschaftliche Ansatz, den wir gewählt haben, die gerechte Verteilung der Verantwortung zwischen Politik und Gemeinschaftsinstitutionen, zwischen öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen, der beste Weg dafür ist, um Wachstum und Beschäftigung stabil und dauerhaft in Europa zu erhalten. Schönen Dank